

Die erste Bundesregierung unterwarf ihr internationales Handeln, und zwar mit Zustimmung einer eindeutigen Majorität der Bevölkerung, bewußt den vom Sicherheitsbedürfnis gesetzten Orientierungspunkten, d. h. sie suchte bewußt und konsequent die Anlehnung an die Westmächte, die allein in der Lage waren, das Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen. Diese Politik hat ohne Frage jene Politik begünstigt, mit der die vier Besatzungsmächte ihr Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland befriedigten. Zugleich entsprach die westdeutsche Politik jener Jahre aber den damaligen politischen Möglichkeiten und ebenso den politischen Interessen der Westdeutschen; sie war mithin, historisch gesehen, ebenso unvermeidlich wie jedenfalls moralisch unanfechtbar. Danke. (Beifall – Manuskriptfassung Seite 1381 ff.)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Graml.

Der Kalte Krieg in Europa hat nach zehn Jahren aus ehemaligen Verbündeten und Alliierten Feinde gemacht und zur Teilung der Welt geführt, wie Sie, Herr Professor Dr. Loth, ausführen werden. Ich bitte Sie herzlich darum, uns davon zu berichten, wie es weitergegangen ist.

Prof. Dr. Wilfried Loth: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 30 Minuten für die Darstellung eines Zeitraums von knapp 30 Jahren sind natürlich nicht viel Zeit. Ich erspare mir deshalb, zu wiederholen, was ich in meinem Papier über die allgemeine Struktur des Ost-West-Konflikts geschrieben habe (Manuskriptfassung Seite 1744 ff.). Ich gehe auch nicht auf die Berlin-Krise ein, die am Anfang meines Berichtszeitraums steht.

Festzuhalten ist in unserem Zusammenhang nur – das ist gleichzeitig eine Antwort auf eine der Fragen von Herrn Jacobsen von heute vormittag –, daß die Berlin-Krise das definitive Ende jeder operativen Wiedervereinigungspolitik der Westmächte brachte. Dieses Ende wird nicht vom August 1961, sondern von der Genfer Außenministerratstagung vom Frühjahr und Sommer 1959 markiert. Auf dem Rückflug von den Beerdigungsfeierlichkeiten für John Foster Dulles vereinbarten die drei westlichen Außenminister, im weiteren Verlauf der Konferenz nur noch über Berlin zu sprechen, d. h. nicht mehr über Vorstellungen – auch westliche – zur Wiedervereinigung. Seitdem konzentrieren sich die Westmächte auf die Behauptung des Status quo auch in der deutschen Frage.

Der Ausgang der Kuba-Krise 1962, die ich jetzt auch nicht mehr im Detail behandeln will – sie können das in meinem Papier nachlesen –, hatte für die weitere Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses zwei höchst bedeutsame Konsequenzen. Zum einen sah Chruschtschow ein, daß er sich angesichts der realen Machtverhältnisse vorerst mit der De-facto-Respektierung des Status quo begnügen mußte. Er verstand auch, daß die amerikanische Haltung tatsächlich defensiv war, so daß er das tun konnte. Damit hörte der Druck auf Berlin auf. Zum anderen stellte Chruschtschow alle Weichen für den Ausbau der Sowjetunion zu einer militärischen Supermacht, die den USA ebenbürtig

sein würde, so daß sie bei einer künftigen Auseinandersetzung wie der um die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba nicht noch einmal würde einlenken müssen. Damit war entschieden, daß die Bemühungen um eine Einhegung des Ost-West-Konfliktes, die nach dem Erleben der Kriegsgefahr auf beiden Seiten jetzt neuen Auftrieb erhielten, nicht zu einer Abrüstung führen würden, sondern bestenfalls zu einer Rüstungskontrolle, zu einem Management des Ost-West-Verhältnisses bei fortdauerndem Wettrüsten.

Beim Ringen um die Ausgestaltung des Modus vivendi, der sich damit abzeichnete, standen mehrere Modelle zur Debatte, um die gerungen wurde und zwischen denen in den kommenden Jahren ein Ausgleich gefunden werden mußte. Zum einen stand die Idee des Kondominiums der Supermächte gegen die der Emanzipation der europäischen Staaten von ihren Hegemonialmächten, zweitens die Idee der Stabilisierung des Status quo in allen seinen Elementen gegen die Idee des Wandels durch Annäherung und drittens die Vorstellung der Befestigung der deutschen Zweistaatlichkeit gegen die der Reaktivierung der deutschen Frage.

Die Auseinandersetzungen um diese idealtypischen Modelle, zwischen denen wiederum sehr unterschiedliche Abstufungen und Kombinationen möglich waren, standen im Jahrzehnt nach der Kuba-Krise im Vordergrund der internationalen Politik. Der Entspannungsprozeß selbst kam über diese Auseinandersetzungen über die unterschiedlichen Formen und Arten der Entspannung nur mühsam voran.

Fortschritte erzielte der Entspannungsdialog im weiteren Verlauf der 60er Jahre vor allem auf einem Gebiet, das geeignet war, die Stellung der beiden Blockführungsmächte in ihren Lagern wieder zu bekräftigen. Nachdem noch unter Kennedy eine direkte Fernschreibverbindung zwischen den Entscheidungszentren in Moskau und Washington errichtet und ein Atomteststoppabkommen unterzeichnet worden war, zeigte sich die sowjetische Führung 1964 bereit, den amerikanischen Vorschlag eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen aufzugreifen, ein Vorschlag, der die Vormachtstellung der nuklearen Supermächte bekräftigen und gleichzeitig Abrüstungsverhandlungen durch die Beschränkung des Teilnehmerkreises erleichtern sollte. Am 1. Juli 1968 wurde der Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Gleichzeitig kündigten die amerikanische und die sowjetische Regierung die Vorbereitung von bilateralen Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstung an.

Unterdessen hatte die Sowjetunion durch den Ausbau ihres Interkontinentalraketenarsenals allmählich eine Zweitschlagkapazität erworben; in Washington rang man sich ebenso allmählich zu der Anerkennung des Prinzips der atomaren Parität durch. Damit zeichnete sich Ende der 60er Jahre das bipolare Abschreckungssystem ab, und die Bundesrepublik Deutschland geriet in den Windschatten amerikanisch-sowjetischer Verständigung.

Daß sich die Entspannungspolitik dennoch nicht in der Fixierung des Status

quo erschöpfte, war in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß sich die Bundesrepublik Deutschland – hier komme ich auf die entscheidende strategische Rolle von älterer und neuerer Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen – nach der Blockierung der Osteuropakontakte der Ära Schröder durch Moskau dazu durchrang, auch die DDR in die Politik des Wandels durch Annäherung einzubeziehen. In einer ersten Phase zur Zeit der Großen Koalition vermied sie es dabei noch, sich verbindlich über den Status der Oder-Neiße-Grenze oder der DDR zu äußern, und stieß darum nach einem spektakulären Anfangserfolg, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien im Januar 1967, erneut auf ein sowjetisches Veto. In einer zweiten Phase, die nicht erst mit der sozialliberalen Koalition begann, sondern mit dem Signal der Budapester Tagung des Warschauer Paktes im März 1969, und die bis zum Abschluß der Ostverträge dauerte, gelang dann aber ein Kompromiß zwischen sowjetischem Stabilisierungs- und westdeutschem Wandlungsinteresse, ein Kompromiß, der zwar prekär blieb, sich aber gleichwohl als praktikabel erwies.

Mit den Formeln der völkerrechtlichen Verbindlichkeit eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie von der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen – so die Formulierungen im Moskauer Vertrag – akzeptierte die Bundesrepublik Deutschland de facto die bestehende staatliche Ordnung in Europa, behielt sich aber die Möglichkeit ihrer Veränderung auf konsensuellem Wege vor. Umgekehrt nahm die sowjetische Führung hin, daß mit den Ostverträgen die Grundlage für die Entwicklung eines Beziehungsgeflechtes zwischen Ost und West und insbesondere zwischen den Bevölkerungen beider deutschen Staaten geschaffen wurde. Sie sicherte sich aber die Möglichkeit, diese Entwicklung zu kontrollieren.

Dieser deutsch-sowjetische Kompromiß – denn das war es im Kern – stärkte die Position der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis und barg zugleich die Möglichkeit zu einem deutschsowjetischen Alleingang. Grund genug für höchst alarmierte Reaktionen etwa Kissingers oder Pompidous. Willy Brandt blieb freilich allein schon wegen der anders nicht zu sichernden Lebensfähigkeit West-Berlins um ein Höchstmaß an Einbindung der neuen Ostpolitik in die Entspannungspolitik des westlichen Bündnisses bemüht, wie sie im Harmel-Bericht von Ende 1967 als neuer Bestandteil des Grundkonsenses der NATO formuliert worden war. So konnte der deutschsowjetische Kompromiß multilateralisiert werden, und zwar über die KSZE. Als im Juni 1973 die detaillierte Tagesordnung für diese Konferenz bekanntgegeben wurde, war entschieden, daß dort nicht nur, wie von der sowjetischen Seite gewünscht, über eine Absicherung des Status quo und den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West verhandelt wurde, sondern auch – worauf insbesondere die Westeuropäer gedrängt hatten – über einen vermehrten Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen.

Die weiteren Fortschritte im amerikanisch-sowjetischen Dialog – die Stichworte sind: Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens im Mai 1972 und des Konsultationsabkommens zur Verhinderung von Atomkriegen im Juli 1973 – wurden damit von einem allgemeinen Ausbau des Beziehungsgeflechtes zwischen Ost und West begleitet. Zu dem Kompromiß zwischen Stabilisierung und Wandel trat ein ebenso spannungsreicher wie – finde ich – tragfähiger Ausgleich zwischen der Bekräftigung der Blockführungspositionen und der Emanzipation der Blockmitglieder.

In der deutschen Frage hingegen senkte sich die Waage deutlich zugunsten der Bekräftigung der Zweistaatlichkeit. Zu groß war das sowjetische Interesse an der Behauptung der DDR, zu deutlich auch das Einverständnis der westeuropäischen Verbündeten mit einer Regelung, die ihnen auf absehbare Zeit Sicherheit vor Deutschland bot, als daß mehr zu erreichen gewesen wäre als die vage Aussicht auf eine Überwindung der Spaltung im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Gleichzeitig nahm aber die Aussicht auf eine Wiedervereinigung Europas – so weit entfernt sie sein mochte – der Wiedervereinigung Deutschlands viel von ihrer Dringlichkeit.

Überzogene Erwartungen hinsichtlich des Tempos und des Ausmaßes des Wandels im sowjetischen Machtbereich, die vor allem im amerikanischen Publikum an die deutlichen Fortschritte der Entspannungspolitik zu Beginn der 70er Jahre geknüpft wurden, führten schon bald nach der Fixierung dieser Kompromisse zu ersten Blockaden des Entspannungsdialogs, die die Bemühungen um eine Eindämmung des Ost-West-Konflikts wieder sehr erschwerten. Ich nenne als Stichworte nur die Blockierung der Rüstungsvereinbarungen von Wladiwostok vom November 1974 und das Jackson-Vanik-Amendment vom Dezember 1974, das der Sowjetunion die Perspektiven auf die Entwicklung weitreichender Wirtschaftsbeziehungen mit den USA wieder nahm.

Nachdem auf diese Weise erst einmal ein wesentliches Ziel der sowjetischen Entspannungspolitik in unerreichbare Ferne gerückt war, legte man sich in Moskau weniger Zurückhaltung bei der Ausnutzung westlicher Schwächen als in den Jahren zuvor auf. Auch hier nur einige Stichworte: Unterstützung der portugiesischen Kommunisten und der marxistischen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, „Modernisierung“ der auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen, die einer Verstärkung der westeuropäischen Geiselrolle gleichkam, schließlich Ende 1979 die Intervention zugunsten der in Afghanistan bislang regierenden Kommunisten.

Daß darüber der amerikanische Entspannungswille zu Beginn der 80er Jahre ganz zum Erliegen kam, ist bekannt, ebenso, daß der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit des Abschreckungssystems auslöste und infolge der Protestbewegung, die sich gegen ihn entwickelte, die Sowjetführung geradezu dazu einlud, eine

Durchsetzung ihres Mittelstreckenprogramms zum Nulltarif zu versuchen, was sie dann zu Beginn der 80er Jahre auch tat.

Als „zweiten Kalten Krieg“ sollte man die ersten Jahre der Reagan-Ära dennoch nicht bezeichnen. Zwar verhalf Ronald Reagan konservativen Carter-Kritikern zu Einfluß, die bei unterschiedlichen Konzepten im einzelnen weitere Rüstungskontrollanstrengungen vom vorherigen Wohlverhalten der Sowjetunion abhängig machten – das ist das berühmte „Linkage“-Konzept –, die bewußt oder auch nur unbewußt die Wiederherstellung einer strategischen Hegemonie der USA anstrebten und die die westlichen Europäer im allgemeinen als schwächliche Pazifisten verachteten. Die Modernisierung des atomaren wie des konventionellen Arsenal der USA wurde von diesen expliziten Entspannungsgegnern nach Kräften vorangetrieben. Bis 1984 stieg das Militärbudget der USA Jahr für Jahr um real 9 %. Schrille Reden über die Führbarkeit von Atomkriegen und das „Reich des Bösen“, die diesen Drang zu neuer Aufrüstung begleiteten, riefen in Moskau, wie wir unterdessen wissen, große Besorgnis hervor.

Aber Reagans Politik war nicht so militant wie seine Rhetorik. Besonnene Kräfte in der Administration, vor allem die Spitzen des State Department, vermochten die „Falken“ von den ärgsten Dummheiten abzuhalten, der Kongreß bremste, und häufig blockierten sich die verschiedenen Fraktionen der Reagan-Equipe wechselseitig. Der Präsident selbst war, ohne die Mechanismen des Abschreckungssystems je verstanden zu haben, ernsthaft an einer Beseitigung der atomaren Bedrohung interessiert, d. h. an einer Abschaffung aller Atomwaffen.

Nachdem einerseits die Friedensbewegung und andererseits eine gewisse Genugtuung über das neue Aufrüstungsprogramm für einen Stimmungsumschwung in der amerikanischen öffentlichen Meinung gesorgt hatten, strebte Reagan eine dauerhafte Kooperation mit der Sowjetunion an. Seine Rede vom 16. Januar 1984, mit der er eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der Sowjetführung ankündigte, war ernst gemeint; allerdings bedeutete sie noch keine Wende in den Ost-West-Beziehungen. Die verschiedenen Zweige der Reagan-Administration beharrten auf ihren Positionen, und Reagan selbst unternahm keine Anstrengungen, um die Widerstände gegen ein Abkommen über die strategische Rüstung zu überwinden.

Die Ost-West-Beziehungen verharrten somit Mitte der 80er Jahre – das ist für die Deutschlandpolitik wichtig – in einem eigentümlichen Schwebezustand, in dem einerseits die Zuspitzung zu einem Kalten Krieg wie in den späten 40er Jahren vermieden wurde, andererseits aber auch die Eindämmung des Konflikts nicht vorankam. Stabilisiert wurde dieser Schwebezustand durch die Einflußnahmen sowohl der westeuropäischen Regierungen als auch der osteuropäischen Machthaber, die beide nachhaltig daran interessiert waren, den Entspannungsdiallog fortzusetzen; beide aus Furcht vor einer Destabilisierung

der Sicherheitslage, die westeuropäischen Regierungen darüber hinaus im Interesse des Wandels im östlichen Europa, die osteuropäischen in der Hoffnung auf die dringend benötigten wirtschaftlichen Vorteile. Insofern bildeten beide nun sichtlich eine Interessengemeinschaft. Sie waren aber nicht stark genug, um ihre jeweilige Führungsmacht über ein gewisses Maß an Schadensbegrenzung hinaus zu beeinflussen.

Das große Ausmaß an Kontinuität der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik im Übergang von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl wird vor diesem Hintergrund ebenso verständlich wie ihre zunehmende Status-quo-Orientierung. Angesichts der Kooperationsverweigerung der Weltmächte war schon viel gewonnen, wenn das bestehende Beziehungsgeflecht zwischen Ost und West in Europa erhalten blieb; für seine Ausgestaltung fehlten die konkreten Perspektiven.

Eine Überwindung der Stagnation kam erst in Sicht, als sich Gorbatschow entschloß, sich in den Rüstungsverhandlungen auf, gemessen an den bisherigen Positionen, einseitige Vorleistungen einzulassen. Von der Notwendigkeit einer Drosselung des Rüstungswettlaufs zugunsten der zivilen Produktion noch stärker überzeugt als seine beiden unmittelbaren Vorgänger und für die Idee der Sicherheitspartnerschaft gewonnen, war er bei seiner ersten Begegnung mit Reagan im November 1985 zu der Überzeugung gelangt, mit diesem Präsidenten zu einer Übereinkunft kommen zu können, wenn es nur gelang, den Einfluß seiner militanten Berater zu neutralisieren. Folglich trat er im Januar 1986 mit einem spektakulären Abrüstungsvorschlag an die Öffentlichkeit: Abschaffung sämtlicher Atomwaffen bis zum Jahr 2000, 50%ige Reduktion der Langstreckensysteme in den nächsten fünf bis acht Jahren, Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen usw. Im April 1986 kündigte er zudem seine Bereitschaft an, die sowjetischen Truppen nicht nur in Osteuropa, sondern auch im europäischen Teil der Sowjetunion zu reduzieren.

Gorbatschows Vorschläge waren nicht absolut seriös, und in der Regel waren sie auch noch nicht operativ durchdacht. Da sie aber auf der Linie von Reagans Vorstellungen und – Stichwort Null-Lösung – auf der Linie der Propagandathesen seiner Berater lagen, zwangen sie den amerikanischen Präsidenten geradezu zu ernsthaftem Verhandeln. Bei seiner nächsten Begegnung mit Gorbatschow im Oktober 1986 in Reykjavik kamen sich die Unterhändler in vielen Bereichen nahe. Reagan stimmte in einem dramatischen Gespräch schließlich sogar Gorbatschows Vorschlag zu, innerhalb von zehn Jahren alle Atomwaffen abzuschaffen. Das Treffen scheiterte dann an der sowjetischen Forderung, SDI-Tests auf den Laborbereich zu beschränken, eine etwas unklare Minimalforderung, die Gorbatschow offenbar dem Politbüro hatte zusagen müssen. Das Treffen scheiterte sehr zur nachträglichen Erleichterung der

westeuropäischen Verbündeten, die von der Aussicht auf eine Abschaffung des Abschreckungssystems zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht erbaut waren.

Die vielen Vereinbarungen in Teilbereichen, die man zuvor in Reykjavik getroffen hatte, konnten danach nicht mehr zurückgenommen werden. Nachdem beide Führer der Supermächte der Ehrgeiz gepackt hatte, zu substantiellen Ergebnissen zu gelangen, konnten auch noch verbliebene Hindernisse leichter überwunden werden. Gorbatschow entschloß sich Ende Februar 1987, einen Vertrag über die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen nicht länger von einer Vereinbarung über SDI abhängig zu machen. Es war ihm unterdessen klargeworden, daß dies doch ein recht utopisches Projekt war. Wenig später akzeptierte er auch die von den Unterhändlern keineswegs ernstgemeinte amerikanische Forderung nach Kontrolle der Abrüstungsvereinbarungen durch wechselseitige Inspektionen vor Ort. Danach fiel es Reagan nicht mehr schwer, die Bedenken der europäischen Verbündeten gegen die Schwächung der flexible response beiseite zu schieben, die mit dem Verzicht auf sämtliche Mittelstreckenwaffen verbunden war. Das Ergebnis war dann das INF-Abkommen zur Beseitigung aller Mittelstreckenraketen vom Dezember 1987.

Die Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen kamen in der Ära Reagan allerdings nicht mehr zum Abschluß. Zu viele Einzelprobleme mußten bei der angestrebten Halbierung des strategischen Arsenal berücksichtigt werden, zu gering war die Handlungskapazität der Reagan-Administration für die daraus resultierende Umstrukturierung des Verteidigungssystems, zu wichtig den Sowjets die Einbeziehung der seegestützten cruise missiles, die die amerikanischen Experten gerne als Sicherheitsreservoir erhalten wissen wollten. Selbst die Ankündigung des vollständigen Rückzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Vorfeld des nächsten Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow im Mai 1988 in Moskau brachte keinen Verhandlungsdurchbruch. Sie manövrierte allerdings die Gegner einer weitreichenden Verständigung zwischen den Supermächten endgültig ins Abseits.

Schneller als die Reduzierung der strategischen Arsenale war die Herstellung von Parität auf niedrigerem Niveau im Bereich der konventionellen Rüstung zu erreichen. Der Vertrag zur drastischen Verminderung der konventionellen Rüstung konnte anläßlich des Pariser KSZE-Gipfels am 20. November 1990 unterzeichnet werden.

Unterdessen war der Ost-West-Konflikt freilich schon ganz zu Ende gegangen. Ich will zum Schluß einige Sätze dazu sagen, warum das so war und wie das Ergebnis zu bewerten ist. Warum? Der entscheidende Grund – es ist sicherlich eine Banalität – war, daß Gorbatschow und die sowjetische Reformelite, die er repräsentierte, darauf verzichtet hatten, Gewaltmittel zur Durchsetzung ihrer Ordnungsvorstellungen anzuwenden, daß sie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zum Gelingen der Reform des eigenen Systems für unabdingbar hielten und sich dabei auf universale Prinzipien beriefen. Diese Absage

an das revolutionäre Projekt der Oktoberrevolution hatte sich schrittweise ergeben, es war kein Programm von Anfang an, sondern das Resultat aus immer erschreckenderen Einsichten in den tatsächlichen Zustand der Sowjetgesellschaft, die Gorbatschow zu immer radikaleren Maßnahmen trieben, bis schließlich im Frühjahr 1989 die vollständige Übernahme der Grundsätze rechtsstaatlicher Demokratien und sozialstaatlicher Marktwirtschaften auf dem Programm stand.

Für das Ende des Ost-West-Konflikts wurde es entscheidend, daß Gorbatschow auch dann noch an diesem Programm festhielt und es gegen vielfache Widerstände zu behaupten wußte, als deutlich wurde, daß eben dieses Programm zu einer Auflösung des Sowjetimperiums führte. Diese Auflösung war keineswegs in seinem Sinne. Aber nachdem jeder Einsatz militärischer Gewalt gegen Unabhängigkeitsbewegungen jedweder Art die Perestroika zum Scheitern zu bringen drohte, waren ihm die Hände gebunden. Er konnte wohl noch taktieren, aber letztlich nicht mehr verhindern, daß sich die Nationalitäten gegen die Moskauer Zentrale auflehnten und die Länder des Warschauer Pakts von der Einparteienherrschaft befreiten, die Stalin ihnen aufgezwungen hatte. Der Fall der Berliner Mauer markiert darum sehr präzise das Ende des Konflikts: Nachdem sich die Sowjetführung den Rückgriff auf die Repression auch dort versagte, wo sie formal als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs präsent war, war definitiv klar, daß es keinen Ostblock mehr gab. So überdeckte und transzendierte der Ausfall der einen Konfliktseite die noch laufenden Bemühungen um eine Eindämmung des Konflikts.

Es verdient abschließend festgehalten zu werden, daß es die führenden Repräsentanten des Sowjetsystems selbst waren, die diese Entscheidungen getroffen haben. Sie agierten nicht etwa aus einer Frustration ihrer Revolutionshoffnungen; diese hatten sich im mühevollen Kampf ums Überleben in Wahrheit schon längst verflüchtigt. Vielmehr wurden sie durch die Zwänge der industriellen Entwicklung ihres Imperiums getrieben und orientierten sich an der Erfahrung mit westlichen Kooperationspartnern, die die Doktrin vom Klassenfeind Lügen strafen.

Insofern – jetzt bin ich beim Kommentar – dürfen sich diejenigen, die beharrlich auf Wandel durch Annäherung gesetzt hatten, einen gewissen Anteil an der Überwindung des Sowjetsystems zugute halten, nicht aber die Verfechter eines einseitig militanten Auftretens, die die Einkreisungsängste auf der sowjetischen Seite im Gegenteil immer wieder bestärkt hatten. Die Rede vom Sieg des Westens im Kalten Krieg ist darum in der Hauptsache irreführend. Zu registrieren ist hier weder ein militärischer Sieg noch ein politischer Durchbruch der Westmächte im Osten. Vielmehr haben sich die Prinzipien der westlichen Zivilisation auch im bisherigen Machtbereich der Sowjetunion als Programm durchgesetzt. Das ist neben und vor dem Erfolg westlicher Entspannungspolitik vor allem ein Sieg der sowjetischen

Reformelite, die genügend Mut und Tatkraft besessen hat, ihr Land aus dem Gewebe von organisiertem Mißtrauen, verkrusteten Dogmen und lähmender Repression zu befreien, in dem es zu ersticken drohte. Es ist in gleichem Maße natürlich auch ein Sieg all der Reformer und Revolutionäre in den Ländern des Sowjetimperiums, die in unsicheren Zeiten viel riskiert haben, um diesen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Zwei Elemente eines Siegs des Westens sind in dem Geschehen allerdings doch auszumachen. Nach der Reagan-Administration ließ sich auch die Bush-Administration aus Vorsicht und Unkenntnis bemerkenswert viel Zeit, ehe sie den Reformprozeß in der Sowjetunion dann doch aktiv unterstützte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Hilfestellung blieb sie bis zum Schluß weit hinter dem Möglichen und Sinnvollen zurück. Dann nahmen weder Bush noch Kohl bei der Durchsetzung der Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO auf Gorbatschows innenpolitische Stellung sonderliche Rücksicht. Wieweit beide Entscheidungen dazu beitrugen, einen geordneteren Übergang von der Sowjetunion zu den postkommunistischen Gesellschaften zu verhindern, als wir ihn gegenwärtig erleben, werden erst künftige Analysen der Moskauer Entscheidungsprozesse vor dem Putschversuch vom August 1991 zeigen. Aber daß beide Momente beim Scheitern Gorbatschows eine Rolle spielten, sollte bei aller Einsicht in die moralische und realpolitische Unabdingbarkeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik anerkannt werden. „Die Tatsache, daß Gorbatschow die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands akzeptierte“, so erklärte sein kurzzeitiger Außenminister Bessmertnych 1991, „war eine der meist gehaßten Entwicklungen in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, und sie wird es für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben.“ Wie alle großen politischen Entscheidungen, so hatte auch diese – für die Deutschen und ihre Verbündeten relativ bequeme – Lösung der deutschen Frage ihren Preis. Ich sage das nicht notwendigerweise als Kritik, wohl aber als Hinweis auf das Erbe, mit dem wir nun umzugehen haben. Danke (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ihnen beiden herzlichen Dank. Wir steigen jetzt in die Diskussion ein, und zwar in der Weise, wie ich es vorhin angedeutet habe. Wir beginnen mit einem kurzen Statement von Herrn Professor Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Jeder Wissenschaftler, der vor der Frage steht, sich mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik zu befassen, steht vor fast unüberwindlichen Hindernissen. Die Vielzahl der Bestimmungsfaktoren ist das eine, die Gewichtung das andere, die Interdependenz, die wechselseitigen Beziehungen der einzelnen Faktoren ist ein Drittes. Dies alles zusammengenommen führt uns zu großen Schwierigkeiten, ob wir überhaupt in der Lage sind, in der jeweiligen historischen Situation angemessen herauszuarbeiten, was was bestimmt hat und warum es so und nicht anders gelaufen ist.